

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 2

Artikel: Gewerkschaften und Nationalratswahlen
Autor: Moser, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333804>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lohn keinesfalls nachkommen kann, Hilfen anderer Art einzutreten haben? Sind wir schließlich darin einig, daß keiner unserer Volksgenossen ohne eigene Schuld einer menschenunwürdigen Existenz überlassen bleiben darf? Wenn wir darin einig sind, einig in Wort und Tat, brauchte keinem bange zu sein vor dem, was da noch kommen mag.

Gewerkschaften und Nationalratswahlen

Von Ernst Moser, Thalwil.

Am letzten Oktobersonntag finden die Erneuerungswahlen in den Nationalrat statt. Trotz den besonderen Schwierigkeiten der Durchführung angesichts der Mobilisation der schweizerischen Armee hat der Bundesrat beschlossen, an dem üblichen Wahltermin festzuhalten. Das ist zu begrüßen, wenn anderseits Gewähr dafür vorhanden ist, daß alle Wahlberechtigten volle Freiheit für ihre Willensbildung und für die Ausübung des Stimmrechts genießen.

Das eidgenössische Parlament ist wiederum für vier Jahre zu bestellen, was die Bedeutung der Wahlen gegenüber der früheren dreijährigen Amtsperiode steigert. Aber nicht nur diese formale Änderung kommt in Betracht. Schon die vergangenen langen Krisenjahre zeigten uns mit erschreckender Deutlichkeit, von welcher eminenten Bedeutung die Führung der eidgenössischen Politik für die Arbeiterschaft ist. Aussprüche aus bundesrätlichem Munde wie: »Die Löhne müssen um weitere 20 Prozent gesenkt werden« oder: »Arbeitsbeschaffung ist die teuerste Form der Arbeitslosenfürsorge« sind kennzeichnend. Und wenn dann noch im Parlament eine gefügige Mehrheit für eine solche Politik vorhanden ist, so kann jeder Arbeiter die Folgen selber ermessen. Da ist kein Unterschied mehr zwischen Nur-Gewerkschafter und Parteimitglied. Die Arbeitslosigkeit hat Opfer und Einbußen in weitesten Kreisen erfordert, und es brauchte jahrelangen Ringens, bis das Verständnis für großzügige Arbeitsbeschaffung wach wurde. Das sei immerhin nur als naheliegendes Beispiel erwähnt. Es sei auch nur gesagt, um jedermann zu zeigen, daß Gang und Entwicklung der Krise nicht nur von ungefähr kommen, sondern sich maßgebend beeinflussen lassen durch verschiedenste Maßnahmen. Neben dem Unterstützungswesen mit allen seinen Beengungen und Vorschriften von oben herab kommen nicht nur Notstandsarbeiten in Frage. Von besonderer Bedeutung — das hat uns die letzte Vergangenheit gelehrt — sind auch Währungsmaßnahmen. Die Schweiz kann sich den Luxus eines Goldfrankens, der uns vom Ausland immer mehr isoliert, nicht leisten. Auch auf dem Gebiete der Handelspolitik ist mehr zu machen, wenn man den Schutz und die Erhaltung unseres Arbeitsmarktes im Sinne hat.

Im Bundesrat aber, wo diese Fragen primär entschieden werden, ist die Arbeiterschaft nicht vertreten. Da herrschen noch vier Freisinnige, zwei Konservative und ein Bauer. Um so wichtiger ist die Unterstützung und Verfechtung der Forderungen der Arbeiterschaft

im Parlament. Da ist es in wichtigen Fragen sozialpolitischer Natur schon oft nur auf wenige Stimmen angekommen. Nur ein starker Druck aus dem Parlament kann den Bundesrat zu einer andern Politik veranlassen. Wenn die Stimmberechtigten heute vor der Frage stehen, wen sie wählen sollen und welche Liste einzulegen ist, so kann die Antwort nicht schwer sein.

Die Gewerkschaften und auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund sind *politisch unabhängig*. Das will aber nicht heißen, daß man den Wert der Stellungnahme zu politischen Problemen und Wahlen und Abstimmungen unterschätze oder darauf verzichte. Der Gewerkschaftsbund arbeitet, um die Interessen der Gewerkschaften zu wahren, in erster Linie mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Darüber hinaus war und ist er initiativ tätig in der Richtlinienbewegung. Sein Ziel ist, eine fortschrittliche Politik zu fördern und mit entsprechend eingestellten Parlamentariern zusammenzuarbeiten. Daß er für die eidgenössischen Wahlen nicht selbständig vorgeht, ist ebenso klar.

Nachdem die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes sich in den letzten Jahren stark geändert haben und heute vieles, für das man früher streiken mußte, durch Verständigung und Miteinanderreden erledigt wird, ist auch die Bedeutung der Gesetzgebung für die Gewerkschaften gestiegen. Waren es früher nur das eidgenössische Personal und das Personal des öffentlichen Dienstes, die an der Mitarbeit und der Wahrung und Vertretung ihrer Interessen im Parlament speziell interessiert waren, so ist das heute anders geworden. *Die Krisenpolitik hat auch sozusagen alle andern Verbände auf den Plan gerufen*. Nicht nur die Hilfe für die Stickereiindustrie, das Hotelgewerbe, die Arbeitslosenversicherung, die Krisenhilfe und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aller Art sind daran schuld. Die Förderung des Exports und die damit verbundene Arbeitsbeschaffung interessiert zahlreiche Verbände. Die außerordentlichen Finanzmaßnahmen durch die Finanzprogramme, die Auswirkungen des Lohnabbaus bei den Eidgenössischen im allgemeinen, der starke Abbau an Subventionen in Kranken- und Unfallversicherung usw., die Erhöhung der Zölle und ihre Auswirkungen auf die Brauereien, die Tabakindustrie, die gesetzliche Regelung des Motorfahrzeugverkehrs greifen weiter aus. Bei dem Bemühen, die Interessen der Mitglieder zu wahren, kommt für die Zentralverbände sehr oft das Bedürfnis zu einer direkten Vertretungsmöglichkeit zum Ausdruck. Dies um so mehr, als in wichtigen Fragen sehr oft nur die Industrie- und Handelskreise zur vorherigen Beratung zugezogen werden.

Die Nationalratswahlen 1939 haben aber nicht nur eine erhöhte Bedeutung mit Rücksicht auf Erfahrungen in der Krisenpolitik der vergangenen Jahre. Wir stehen heute am Beginn eines neuen Weltkrieges. Seit einem Monat ist unsere Armee an der Grenze. Bei den Westmächten spricht man von einer langen Dauer des Krieges und trifft seine Maßnahmen dementsprechend. Unsere Behörden machen auch ihre Vorkehrungen, die weit über das Militärische hinausgehen. Das Wirtschaftsleben wird außerordentlich mitbetroffen. Bereits sind

erste Verordnungen über die Warenversorgung und die Preisregulierung in Kraft getreten. Ganz überraschend wurden auch Vorschriften über die *Arbeitsdienstpflicht* erlassen. Wir sehen, der Bundesrat macht von den ihm durch das Parlament erteilten Vollmachten weitgehend Gebrauch. Die Sozialgesetzgebung, respektive ihr Vollzug, ist in Frage gestellt. Was uns die kommenden Jahre und Monate noch bringen werden, ist ungewiß. Mit aller Deutlichkeit muß festgestellt werden: *die Lohnzahlung bei Militärdienst* ist, trotzdem sie schon über 25 Jahre beim Bundesrat zur Prüfung liegt, noch nicht geregelt. *Die Arbeiterschaft in der Privat- und vor allem in der Exportindustrie und im Kleingewerbe steht ungeschützt da.*

Die Unterstützung für die Familien der Wehrmänner ist ganz ungenügend geregelt. Die Ansätze sind zu klein, für die Zahlung der Mietzinse ist nichts vorgesehen. Es gilt daher, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß jedem Soldaten die Erfüllung der Dienstpflicht erleichtert wird dadurch, daß von seiner Familie Not ferngehalten wird. Dies ist nur möglich durch höhere Unterstützungsansätze, durch Mietzinsbeihilfen usw. Die Familien der Wehrmänner müssen so unterstützt werden, daß sie auch die Prämien in der Sozialversicherung, Krankenkassen, Unfall-, Arbeitslosen-, Lebensversicherung usw. weiter bezahlen können.

So stellt uns die Zukunft vor weitere neue Aufgaben, wo doch die alten, die die Krise gestellt hat, schon groß und bedeutend sind.

Die *Neuregelung der Bundesfinanzen* wird wiederum große grundsätzliche Fragen zur Diskussion stellen.

Wo wir hinblicken: Fragen, an denen die Arbeiterschaft außerordentlich interessiert ist. Der Einfluß der Arbeiterschaft muß verstärkt werden. Nur schimpfen und kritisieren, nützt in den kommenden vier Jahren nichts, wenn nicht jetzt die Bundesbehörden so zusammengesetzt werden, daß der Einfluß der Arbeiterschaft stärker wird.

Wenn diesmal die Gewerkschaftsverbände sich vermehrt an die Sozialdemokratische Partei gewandt haben, um eine Berücksichtigung ihrer Vorschläge auf den Wahllisten zu erreichen, so ist dies durchaus verständlich und durch die Entwicklung der Verhältnisse gegeben. *Es ist eine Tatsache, daß auch für die Privatarbeiterschaft die Möglichkeiten zur Interessenwahrung im Parlament bedeutend gestiegen sind.* Dem muß und soll Rechnung getragen werden. Der Wille dazu ist in den maßgebenden Parteikreisen auch durchaus vorhanden. Das beweisen die Beschlüsse verschiedener Kantonalparteien.

Das Entgegenkommen der Sozialdemokratischen Partei für die neuere Aufgabengestaltung der Gewerkschaften verpflichtet andererseits die Gewerkschaften, ihrerseits in den Wahlkampf einzugreifen und auch ihre Mitglieder über dessen Bedeutung aufzuklären und zur entsprechenden Stellungnahme und Beteiligung an der Wahl aufzufordern. Es gilt, jedem einzuprägen: Die Interessen der Lohnarbeitenden können auf der ganzen Linie nur bestmöglich gewahrt werden, wenn in der eidgenössischen Politik auch der letzte Arbeiter sein Gewicht, das seine Stimme in die Urne legt, mit dem Willen, die Ver-

tretung seiner Interessen zu stärken und zu fördern. Wir wollen, wir verlangen eine Politik, in der elementare Arbeiterinteressen nicht einfach übergangen, sondern im Rahmen des Ganzen gerecht geregelt und gewürdigt werden. Daß es so werde, mögen die Gewerkschafter landauf und -ab jetzt überlegen und mit der Einlegung der Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei, die ihre eigenen gewerkschaftlichen Vertrauensleute zur Wahl bringt, bekräftigen.

Vier Jahre Bundesversammlung

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung
in den Jahren 1935 bis 1939.

Von Ernst Eichenberger, Bern.

Mit ihren fünfzig Mitgliedern blieb die sozialdemokratische Fraktion auch nach den Neuwahlen vom Oktober 1935 die stärkste Fraktion im Nationalrat, und im Ständerat war Genosse Dr. Klöti nun auch nicht mehr der einzige Kämpfer für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft, waren doch die Genossen Wenk, Baselstadt, und Schaub, Baselland, zu ihm getreten.

Ihrer Bedeutung entsprechend, konnte die Fraktion daher nicht übergangen werden. Angesichts der Kriegsgefahren, nach der Abwertung im September und nun noch bei der Mobilisation der schweizerischen Armee, mußte ihr Einfluß auch vom Gegner anerkannt werden. Im übrigen aber blieb das

Verhältnis zu den andern Fraktionen

wechselnd. Es gab Zeiten, wo die vernünftigen bürgerlichen Parlamentskreise großen Wert auf die Zusammenarbeit legten und, so bei der gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen nach der Annexion Österreichs, wo sie sogar den damaligen sozialdemokratischen Fraktionspräsidenten, Grimm, Bern, zum Sprecher des Parlaments bezeichneten. Auch die Wahl des Genossen Dr. Hauser, Baselstadt, zum Ratspräsidenten für 1938 stieß auf keinen namhaften Widerstand. Zu andern Zeiten aber schienen diejenigen Politiker die Oberhand zu bekommen, die einen unter katholisch-konservativer Führung stehenden, die Sozialdemokraten scharf bekämpfenden Bürgerblockkurs befürworteten. In den wichtigsten Fragen fanden sich notgedrungen aber beide Teile zusammen, da keine Gruppierung stark genug gewesen wäre, Parlament und Land ihren ausschließlichen Willen aufzuzwingen. Die Fraktion selbst blieb der schon vor den Neuwahlen eingenommenen Haltung treu. Keine unfruchtbare Negation und keine unwürdige Anbiederung, wohl aber die Bereitschaft zur Mitarbeit in allen Lebensfragen des Volkes unter Wahrung des sozialistischen Grundsatzes, auch wenn im Einzelfall Zugeständnisse gemacht werden mußten. War die Fraktion so zur Mitarbeit bereit, so forderte sie aber auch ihr Mitspracherecht. Sie erhob den Anspruch der Partei auf eine